



An die Redaktionen
Von Presse, Radio und Fernsehen

Bozen, 17.06.10

Prot. Nr. 297

Pressemitteilung

Dachverband der Sozialverbände:

Ja zur EVEC (Einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung) - aber mit Betroffenen-Konsens.

"Die Vertreter der Direktbetroffenen, z.B. von kranken Menschen oder Sozialbedürftige hatten bislang kaum Möglichkeit dem System mitzubestimmen, obwohl sie dieses Thema ganz besonders betrifft", so der Präsident des Dachverbandes der Sozialverbände Stefan Hofer.

Die Einführung eines einheitlichen Systems zur Einkommens- und Vermögenserhebung wird von den Vertretern des Dachverbandes der Sozialverbände sehr begrüßt.

Bereits im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung im Frühjahr wurde mehrfach auf die Wichtigkeit eines solchen Systems hingewiesen. Die Mitteilung, dass die Verantwortlichen der Autonomen Provinz Bozen und die Sozialpartner zur künftigen einheitlichen Einkommens- und Vermögenserfassung für die Bemessung von Unterstützungsmaßnahmen in Sozial- und Gesundheitsleistungen, in der Schulfürsorge und in der Wohnbauhilfe eine gemeinsame Position gefunden haben, hat im Dachverband der Sozialverbände aber die Frage aufgeworfen, wer diese Übereinkunft getroffen hat.

Dieses Thema stellt für die Sozial- und Krankenorganisationen im Dachverband einen gemeinsamen Schwerpunkt dar, zumal das geltende System für die meisten der betreffenden Personen eine große Relevanz hat.

Doch bislang gab es nur wenige Anlässe und Informationen, die eine qualifizierte Stellungnahme ermöglicht hätten. Auch die Runde der „Sozialpartner“, welche letzthin ihr Einvernehmen mit dem Entwurf erklärt haben bezieht sich nur auf Vertretungen der Arbeitsgeber- und der Arbeitnehmerseite. Die Vertreter der Direktbetroffenen, z.B. von kranken Menschen oder Sozialbedürftige hatten bislang kaum Möglichkeit dem System mitzubestimmen, obwohl sie dieses Thema ganz besonders betrifft.



Aus diesem Grund fordert der Vorsitzende des Dachverbandes der Sozialverbände, Stefan Hofer, die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, Vereinbarungen nicht ohne eine fixe Einbindung der Betroffenenorganisationen und –verbände zu machen.

Weiters erwartet man sich , dass vor einem Beschluss der neuen Bestimmungen diese explizit auch in der letzten Version den Verbänden dargelegt und von diesen kommentiert werden können – ungeachtet dessen, dass Vereinfachungen durch die zentrale Erhebung und Bewertung der Einkommens- und Vermögenssituation in jedem Fall gutzuheißen sind.

Wenn die technische Seite des Vorhabens nunmehr offensichtlich weitgehend geregelt werden konnte, legt der Dachverband zudem großen Wert darauf, dass es die Kriterien für die Verteilung und für das Ausmaß der Unterstützungsmaßnahmen dort wo nötig, unbedingt bald neu diskutiert werden – unter besonderer Einbeziehung der verschiedenen Vertretungsorganisationen und nicht nur der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite.

Info: Stefan Hofer, Präsident Dachverband der Sozialverbände, Tel. 347 2408235, www.social-bz.net